

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Eine Geschichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes

Es ist eine ebenso überraschende wie bedauerliche Tatsache, daß es bisher keine Gesamtdarstellung der Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung gegeben hat. Lediglich ein wenig bekanntes Buch von *John Price*, einem ehemaligen Funktionär der britischen Transportarbeiter und jetzigem Abteilungsvorstand des Internationalen Arbeitsamtes in Genf (*John Price, The International Labour Movement*, London 1945), enthält in großen Zügen die Geschichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) in der Zwischenkriegszeit. *Walter Schevenels*, der seit einem Menschenalter in der internationalen Gewerkschaftsbewegung aktiv tätig ist, hat erfreulicherweise die Muße gefunden, die bestehende Lücke zu füllen und die Geschichte des internationalen Zusammenschlusses der freien Gewerkschaften von den Ursprüngen bis zum Jahre 1945 zu schreiben, das hier einen Wendepunkt darstellte (*Forty-Five Years International Federation of Trade Unions*, with Foreword by Lord Citrine, Brüssel). Diese Aufgabe war wesentlich erschwert durch den Umstand, daß die Archive des IGB unrettbar verlorengegangen sind. Bei Kriegsbeginn wurde das Archivmaterial, das bis 1901 zurückgeht, in zwei Häusern in verschiedenen Teilen Frankreichs versteckt. Der Gestapo gelang es aber, die Verstecke aufzuspüren und das ganze Archiv nach Deutschland zu schaffen, wo es der Leyschen Arbeitsfront zum „Studium“ übergeben wurde. Im Bombenkrieg gingen die Gebäude der Arbeitsfront, in denen sich das Material befand, in Flammen auf, und die angestrengtesten Bemühungen, die in der Nachkriegszeit angestellt wurden, um wenigstens einen Teil davon zu finden, blieben ergebnislos. Eine Reihe von anderen Institutionen hat Material zur Verfügung gestellt, manches konnte in privaten Bibliotheken gefunden werden, aber manche Details werden wohl für immer unaufgeklärt bleiben.

Einen internationalen Zusammenschluß der Gewerkschaften — andere als „freie“ Gewerkschaften im heutigen Sprachgebrauch hat es damals nicht gegeben — kann man erst in einem verhältnismäßig späten Zeitpunkt feststellen. Der Grund ist, daß es lange keine klare Scheidung zwischen dem politischen und dem gewerkschaftlichen Flügel der seinerzeitigen Arbeiterbewegung gab. Das internationale Auftreten in allen Fragen die über den Rahmen von Berufsproblemen hinausgingen, überließ man der Sozialistischen Internationale. Versuche rein

gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse auf internationaler Ebene wurden zwar schon in den achtziger Jahren unternommen, versandeten jedoch bald. In den neunziger Jahren begann dann der Aufbau der Berufsinternationalen, wie des Internationalen Bergarbeiterverbandes und der Internationalen Transportarbeiterföderation. Aber zu einer Fühlungnahme aller Landeszentralen kam es erst 1901 bei einer Konferenz in *Kopenhagen* — von diesem Zeitpunkt datiert die Existenz des IGB. Freilich kann man für das erste Jahrzehnt vom Bestehen einer wirklichen Gewerkschaftsinternationale nicht sprechen. Man beschränkte sich auf die Abhaltung erst alljährlicher und dann alle zwei Jahre stattfindender internationaler Konferenzen. An die Schaffung irgendeines Apparats dachte man ursprünglich nicht. Der deutsche Gewerkschaftsführer *Carl Legien* übernahm zu seinen zahlreichen anderen Verpflichtungen auch noch das Amt des Sekretärs der Internationale, das er mit dem Titel des Präsidenten vertauschte, als die Konferenz von *Zürich* im Jahre 1913 den Namen „Internationaler Gewerkschaftsbund“ annahm und den Aufbau einer wirklichen, nicht nur nebenamtlich betreuten Organisation beschloß. *Schevenels* schildert diese Entwicklung, die Kinderkrankheiten der neuen Organisation, das Aufstreben der Internationalen Berufssekretariate, die Unterbrechung und Lähmung der Arbeit durch den ersten Weltkrieg, den Wiederaufbau des nun voll funktionierenden IGB nach dem ersten Weltkrieg nicht in der trockenen Sprache von Konferenzprotokollen, sondern in einer flüssigen, die wesentlichen Punkte geschickt herausarbeitenden Darstellung. Manche Dinge, wie die Initiative der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Schaffung der Internationalen Arbeitsorganisation, ihre Haltung zum Reparationsproblem, zur Ruhrbesetzung (1922), zur Abrüstungsfrage usw., haben heute nur mehr historische Bedeutung. Aber es scheint außerordentlich wichtig, daß sie einmal zusammenfassend behandelt werden. Die Beschreibung der Auseinandersetzungen um die kommunistische „Rote Gewerkschaftsinternationale“ (die ein so obskures Leben führte, daß sich nicht einmal feststellen läßt, wann sie dieses ausgehaucht hat) in den Jahren von 1919 bis 1927, die Analyse der damaligen Moskauer Manöver um die „Gewerkschaftseinheit“, das alles liest sich, als würden Begebenheiten von gestern oder vorgestern erzählt.

Die Darstellung gewinnt natürlich noch an Farbe und Nachdruck, sobald der Verfasser aus seinen eigenen Erfahrungen schöpfen kann. *Schevenels* wurde 1929 als 35-jähriger zum Generalsekretär des IGB bestellt und hat in dieser Funktion in Amsterdam, Berlin, Paris und London bis zur Auflösung der Organisation im Jahre 1945 gewirkt. (Gegenwärtig ist er Generalsekretär der Europäischen Regionalorganisation des IBFG, der die freigewerk-

schaftliche Tradition des IGB fortsetzt.) Die Geschichte des IGB in dieser Zeit bis zum Fall Frankreichs 1940 ist eine Kette von Rückschlägen und Katastrophen, denen sich die immer weniger schlagkräftig werdende internationale Gewerkschaftsbewegung mit dem Mut der Verzweiflung entgegenzustellen versuchte, um wenigstens den Opfern solidarische Hilfe bringen zu können. Wo immer es brannte, in Deutschland und Österreich, in Spanien und der Tschechoslowakei, war der IGB regelmäßig zur Stelle, aber sein Einsatz konnte die Versäumnisse nicht wettmachen, deren sich die westlichen Regierungen durch ihr Zurückweichen vor den Diktatoren schuldig machten. In der Zeit des politischen Marasmus der dreißiger Jahre (und der kommunistischen Manöver) hat der IGB nie Kompromisse geschlossen und hat zum Kampf gegen den Faschismus aufgerufen, wo immer sich dieser vorwagte, bis die Besetzung von Frankreich einer normalen Wirksamkeit der Internationale ein Ende setzte.

Manches, was Schevenels hier berichtet, ist bisher noch nie öffentlich erörtert worden. So erzählt er, daß der IGB, der damals seinen Sitz in Berlin hatte, 1932 dem ADGB zum Kampf gegen den Nazismus jede Hilfe einschließlich Waffenhilfe anbot, daß aber die deutschen Gewerkschafter aus der Besorgnis, daß ihnen die Inanspruchnahme ausländischer Unterstützung ihre ohnehin schwierige Lage noch erschweren könnte, ablehnten. Als *Dollfuß* in Österreich zum Schlag gegen die Demokratie ausholte, hat der IGB sich aktiv in die Pläne der österreichischen Gewerkschaften zur Erhaltung des demokratischen Kampfbodens eingeschaltet. Ein völlig unbekanntes Detail ist auch, daß eine IGB-Delegation, bestehend aus dem Vizepräsidenten Léon *Jouhaux* und *Schevenels*, im September 1938 in Prag erschien, um *Benesch* vor jedem Nachgeben gegenüber den Erpressungen des Dritten Reiches zu warnen. Die Kapitulation der Westmächte bei der Münchener Konferenz hatte aber alle Hoffnungen auf einen demokratischen Widerstand begraben.

Die Abschlußkapitel des Buches führen mitten in die lebendige Gegenwart der internationalen Gewerkschaftspolitik. Sie sind dem zweifelhaften Zwischenspiel eines Versuchs gewidmet, die mythische „Einheit der Arbeiterklasse“ durch Zusammenschluß der demokratischen Gewerkschaften mit kommunistisch-dirigierten Scheingewerkschaften in einer Internationale zu begründen. In der nackten Wirklichkeit von 1957 sehen natürlich viele Dinge anders aus, als sie die hoffnungsvolle Stimmung von 1944/45 sehen wollte. Damals hoffte man auf eine aus der Kriegszusammenarbeit geborene Sinnesänderung der Moskauer Machthaber und war bereit, manche Schönheitsfehler zu übersehen. Um den vermuteten guten Willen auf der Gegenseite nicht zu gefährden, ging man sogar soweit, den IGB als Organisationsform zu opfern — für die Kommunisten war der IGB

als demokratische Organisation immer das rote Tuch, und „Amsterdamer“ war ein Schimpfwort im Moskauer Wörterbuch, als der IGB schon lange nicht mehr seinen Sitz in Amsterdam hatte. Die sagenhafte „Einheit“ sollte auf neuen Grundlagen aufgebaut werden, nachdem man die bestehende Einheit der demokratischen Organisation aufgelöst hatte! Es ist eine müßige Frage, ob man damals durch ein Beharren auf den Grundsätzen dem Überschwang der Gefühle hätte mit Erfolg entgegenreten können. Vielleicht war es notwendig, durch das kurzlebige Intermezzo des „Weltgewerkschaftsbundes“ hindurchzugehen, um den Arbeitermassen, aber auch der internationalen Öffentlichkeit, am lebendigen Beispiel begreiflich zu machen, daß es wirkliche Einheit nur zwischen freien Menschen geben kann, nicht aber zwischen Arbeitervertretern und Hampelmännern diktatorischer Regimes. Schevenels berichtet über diese Dinge jedenfalls ohne jede Bitterkeit; aus seiner Darstellung geht hervor, daß es an Warnungen und Mahnungen nicht gefehlt hat. Die Mitteilungen, die er über seine Tätigkeit während der kurzen Zeitspanne macht, in der er als Vertrauensmann der demokratischen Organisationen innerhalb des „Weltgewerkschaftsbundes“ versuchte, der mißbräuchlichen Verwendung dieses Forums für sowjetische Propagandazwecke entgegenzutreten, zeigen deutlich die Unhaltbarkeit eines Zustandes auf, der durch die Errichtung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften bald und gründlich überwunden wurde.

Dr. J. W. Brügel (London)

Arabisch-chinesische Gewerkschaftsallianz?

Der Suezkonflikt vom Herbst 1956 hatte für das Gewerkschaftsleben im Nahen Osten entscheidende Bedeutung. Immer deutlicher tritt zutage, daß die arabischen Gewerkschaften durch ihn und seine Nachwirkungen in eine neue Phase ihres bisher Ungewissen und schwächlichen Daseins getreten sind. Das kann bei näherem Zusehen niemanden überraschen. In mehreren Mitgliedstaaten der Arabischen Liga traten die Gewerkschaften nach der Landung der Engländer und Franzosen in Port Said spontan in den Streik. Demonstrative Generalstreiks in Verbindung mit der gewaltsamen Unterbrechung verschiedener ölröhrenleitungen waren Kampfmittel, mit denen die arabischen Gewerkschaften den Westmächten zeigen wollten, daß die Bevölkerung der sonst sehr verschiedenartigen Mitgliedstaaten ein einheitlicher Widerstandswille beherrscht. Diese Mittel hatten Erfolg. Ihre Auswirkungen auf Amerika waren beträchtlich. Sozial- und nationalrevolutionärer Elan vermischten sich in diesen arabischen Gewerkschaftsaktionen. Die Nasserpropaganda schürte das Feuer, wo sie nur konnte.

Doch nach Beendigung der Feindseligkeiten ergab sich für einen Teil der arabischen Gewerkschaften ein neues politisches Problem, das an ihren Lebensnerv rührte. König *Saud* von Saudi-Arabien reiste in die Vereinigten Staaten. Er verhandelte in Washington über Wege zur Verbesserung der amerikanisch-arabischen Beziehungen. Es machte den Eindruck, als passe er sich der „Eisenhower-Doktrin“ an, und alsbald ergaben sich Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und den Regierungen von Syrien und Ägypten. Sie führten dazu, daß sich in seinem eigenen Land revolutionäre Kräfte regten. Die saudistische Polizei deckte Attentatspläne gegen den König auf. Der Gegensatz zwischen ihm und den Regierungen in Kairo und Damaskus wurde beträchtlich, und eine der Folgen war, daß Saudi-Arabien, dieser durch die Öl-Royalty-Zahlungen außerordentlich wohlhabende Feudalstaat, plötzlich seine Subventionen an die extrem-nationalistischen Linksparteien der Araber in Syrien, Jordanien und im Libanon einstellte. Auch die sozialistische Baath-Partei und die Gewerkschaften waren betroffen. Sie sind seither gezwungen, sich nach neuen Finanzierungsquellen umzusehen; diese entspringen — wenn man amerikanischen und britischen Versicherungen glauben darf — in der Sowjetunion. Eine neue Abhängigkeit entstand. Damit sind natürlich entsprechende Gefahrenmomente gegeben. Die Gewerkschaften im Irak und besonders in dem von leidenschaftlichen Parteikämpfen zerrissenen Jordanien müssen entweder in ihrer gesamten Arbeit kurz treten oder sich von gewissen Mittelsleuten Moskaus ins Schlepptau nehmen lassen. Beides schafft komplizierte und für die Mehrzahl der noch jungen und ungefestigten Organisationen unerfreuliche Probleme.

In diese Situation platzte am 19. April ein Kommuniqué einer arabisch-chinesischen Gewerkschaftsgruppe, die in Kairo getagt hatte. Es verkündete, daß die rotchinesischen und arabischen Gewerkschaften entschlossen seien, künftig „ihre Anstrengungen in der Bekämpfung des Imperialismus“ zu vereinigen. Der Imperialismus sei ihr gemeinsamer Feind, denn er bedrohe gleichzeitig ihre nationale Unabhängigkeit sowie den Frieden und die Sicherheit aller Völker Asiens und Afrikas. Die Erklärung spricht sich für die baldige Abhaltung einer asiatisch-afrikanischen Gewerkschaftskonferenz aus. Es ist offensichtlich, daß sich die sowjet-russischen Gewerkschaften in Anbetracht des großen ideologischen Gegensatzes zwischen ihrem marxistisch-materialistischen Programm und den Idealen des Islam absichtlich zurückgehalten haben. Auch der Weltgewerkschaftsbund tritt zugunsten einer speziellen asiatisch-afrikanischen Gewerkschaftertagung zunächst in den Hintergrund, Vorerst ist es Peking, das auf gewerkschaftspolitischem Gebiet sich der sogenannten progressistischen Bewegung in den

arabischen Ländern zu nähern sucht. Die Gewerkschaften Rotchinas haben übrigens schon geraume Zeit vor dem Suezkonflikt eine engere Tuchfühlung mit der ägyptischen Revolution von 1952 angestrebt.

Will man die Chancen einer eventuellen arabisch-chinesischen Gewerkschaftsallianz richtig beurteilen, dann sollte in Rechnung gezogen werden, daß sich der „Allchinesische Gewerkschaftsbund“ unter seinem Vorsitzenden *Lai Sho-ju* schon seit Monaten auf die Aufnahme derartiger Kontakte mit asiatischen und afrikanischen Gewerkschaften außerhalb des Reichs der Mitte vorbereitet. Das dürfte in nahem Einvernehmen mit Moskau geschehen. Es ist der Sowjetunion natürlich bekannt, daß sich eine von Chinesen protegierte asiatisch-afrikanische Gewerkschaftsfront mit viel größerem Nachdruck die volkstümliche Abneigung gegen den „Weißen Mann“ zunutze machen kann als eine Weltgewerkschafts-Initiative, an der auch Russen teilnehmen. Es liegt ja nahe, das Vorbild der Bandungkonferenz auf das Gebiet der internationalen gewerkschaftlichen Zusammenarbeit zu übertragen.

Schon vor Ausbruch des Suezkonflikts, im September 1956, haben die chinesischen Gewerkschafter auf dem VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas Parolen ausgegeben, die in ihrer relativen Aufgeschlossenheit für die Bedürfnisse der arbeitenden Massen und für deren Recht, sich auch in sozialistischen Betrieben Gehör zu verschaffen, auf einen außerchinesischen Zuhörerkreis mitberechnet waren. *Lai Sho-ju* betonte damals — vor allem, weil er auf die Gewerkschaften Japans Eindruck machen wollte —, daß für die chinesischen Gewerkschaften eine neue Epoche der Aktivität in der Wahrung der Lebensrechte ihrer einfachen Mitglieder anbreche. Er sprach von der Festigung der Lohngruppen und der Arbeitsnormen, sicherte eine Hebung des Versicherungswesens und der Arbeitsschutzmaßnahmen zu und verweilte in seinen Ausführungen des langen und breiten bei der neuartigen Institution der „Arbeiterkomitees“, die in China, wie überall anderwärts in den Ostblockländern, die Zusammenarbeit mit den staatlichen Wirtschaftsfunktionären und Planungsstellen „in gleichberechtigter und kameradschaftlicher Zusammenarbeit“ überwachen sollen.

In gleicher Richtung geht seit der ersten Hälfte des Jahres 1957 die Kampagne der Kommunistischen Partei Chinas „für die Verbesserung des Arbeitsstils“. Schließlich hat man sogar ein Streik- und Koalitionsrecht der chinesischen Gewerkschafter proklamiert, wenn auch anzunehmen ist, daß dieses letztere Zugeständnis nur auf dem Papier gemacht worden ist, zum Zweck einer noch nachhaltigeren Beeindruckung der Gewerkschafter Japans und anderer asiatischer oder afrikanischer Länder. Ihnen allen rückt das chinesische Gewerkschafts-

leben auf diese Weise näher. Eine Zusammenfassung fanden diese Tendenzen in einer Rede, die *Mao Tse-tung* vor der erweiterten Staatskonferenz in Peking im Februar und in gleichem Sinne auf der vom Zentralkomitee seiner Partei einberufenen Propagandakonferenz im März 1957 über „die richtige Lösung der Widersprüche innerhalb des Volkes“ hielt. Mao fordert von Partei und Gewerkschaften, daß sie es verstehen, ihre Kämpfe mit den Mitteln einer behutsamen und nicht-brutalen Kritik auszutragen — einer „Kritik wie ein milder Regen“. Das alles ist merkbar auf den politischen und gewerkschaftlichen Bedarf außerhalb der chinesischen Grenzen eingestellt. Unmittelbare Auswirkungen zeigten sich in Japan, in Südkorea und im südlichen Indochina. Die gleichen Schlagsätze erscheinen aber auch in Tibet, dem Maos Regierung wieder ein gewisses Maß von Autonomie eingeräumt hat, um darüber hinaus auf Nepal einzuwirken; auch noch weiter fort in Indien sollen die neuen Parolen zünden. Um die Gunst der islamischen Völker schien sich der Ostblock, was Gewerkschaftskontakte angeht, zunächst auf dem Wege über andere, ihm nahestehende Nationen bemühen zu wollen. Noch im Sommer 1956 hatte man den Eindruck, als wollte Jugoslawien in Agram, also im islamischen Teil des Titoreichs, eine Art von islamischer Zentrale der internationalen Gewerkschaftsbewegungen errichten. Auch diese ein wenig weit hergeholt Initiative schien „antikolonialistischen“ Charakter tragen zu wollen. Doch um sie ist es angesichts der alsbald ausbrechenden heftigen Auseinandersetzung zwischen Tito und dem Kreml während des Ungarnkonflikts sehr still geworden. Die arabisch-islamischen Gewerkschaften, die Anlehnung nach dem Osten hin suchen, blicken nicht mehr nach Agram; sie sind auf den „Neuen Kurs“ in China angewiesen. Das läßt sich sogar aus gewissen Symptomen in der gewerkschaftspolitisch interessierten Presse der Sowjetzone ablesen. Das Bulletin Nr. 10 „Aus der Internationalen Arbeiterbewegung“ in Ost-Berlin brachte im Mai dieses Jahres eine sehr ausführliche Besprechung der chinesischen Kampagne „zur Verbesserung des Arbeitsstils“.

Vergegenwärtigt man sich angesichts dieser Vorbereitungen der „asiatisch-afrikanischen Gruppe“ den Nach-Suez-Standard des zum Westen tendierenden arabischen Gewerkschaftswesens, dann wird klar, daß keine Zeit mehr zu verlieren ist. Die Vertrauenskrise zwischen dem auf islamische Verhältnisse übertragenen Gewerkschaftsgedanken westlicher Prägung und den für eine Ordnung im antikommunistischen Sinn eintretenden Kräften im Nahen Orient sollte so bald wie möglich überwunden werden. Das kann nur geschehen, indem die Gewerkschaften Ägyptens und der arabischen Länder in ihre legale Tätigkeit die legitimen national-revolutionären Impulse aufnehmen, die der

Widerstand gegen das Suezunternehmen in ihren Reihen geweckt hat.

Es ist notwendig, daß jener gewerkschaftslose Ausnahmezustand, der beispielsweise in Jordanien eingesetzt hat, nachdem König *Hussein* Mitte April die Umsturzbewegungen in seinem Land mit hartem Zugriff gebändigt hatte, so bald wie möglich einer Normalisierung weicht. Sie muß den Wiederaufbau echten Gewerkschaftslebens westlicher Struktur gestatten. Ebenso ist es wünschenswert, daß im benachbarten Irak, dessen gewerkschaftliche Organisationen angesichts der scharfen Kampfstellung der Regierung *Nuri es Said* gegen den Kommunismus nur mit großer Mühe ein beschränktes Arbeitsprogramm durchführen, wieder neue Lebenskraft in die sozialpolitische Tätigkeit gebracht wird.

Weit krasser noch ist das Verhältnis zwischen westlich eingestellter und antikommunistischer Außenpolitik und Behinderung einer Gewerkschaftsarbeit nach westlichem Vorbild in Saudi-Arabien. Hier wurden schon vor der Suezkrise die Streikrechte der Arbeiter vermittels eines königlichen Dekrets nahezu beseitigt. Den wider diese Bestimmungen agitierenden Arbeiterführern droht nach wahabitischem Gesetz die Todesstrafe. Selbstverständlich sind sie außerstande, sich gegen die Beschuldigung, sie seien nur getarnte Kommunisten, zu wehren. Es ist, ohne daß die „Aramco“, der von den Amerikanern geleitete riesige Öltrust, das beherrschende Unternehmen der saudistischen Wirtschaft, dem entgegenwirkte, so weit gekommen, daß gemäß einem königlichen Dekret den Arbeitnehmern — auch wenn sie in den konzessionierten Gewerkschaften organisiert sind — strikt verboten ist, die Arbeit niederzulegen. Absprachen über Lohnfragen und Koalitionsfreiheit zwischen auch nur drei Arbeitern sind ungesetzlich. Der Generalsekretär des IBFG, *J. H. Oldenbroek*, hat dieses System schon vor Ausbruch des Suezkonflikts im Herbst 1956 als „schlimmste Ausgeburt feudaler Reaktion“ gebrandmarkt. Die Weltöffentlichkeit hat nie genau herausbekommen, ob Pressemeldungen stimmen, denen zufolge nach einem Teilstreik in Betrieben der Aramco-Petroleumgesellschaft — der sich gegen die Nichtbeachtung eines bereits bestehenden und von der Firma gutgeheißenen Abkommens richtete — schärfste Terrormaßnahmen angewandt worden sind. Damals sprach man von 500 Verhaftungen, von Martern, wie Verbrennungen, Nagelabreißen und Vergiftungen (in angeblich 80 Fällen sollen den Verhafteten Giftspinnen angesetzt worden sein). Verfolgungsmethoden dieser Art dürften es gewesen sein, die dazu geführt haben, daß König Saud, als er sich nach dem Suezkonflikt in Amerika für eine Politik neuer Zusammenarbeit zwischen den Völkern des Nahen Ostens und der westlichen Welt einsetzte, alsbald den Thron unter sich wanken fühlte. Sie müssen

aufhören; denn würden sie sich angesichts des bevorstehenden Wettlaufs zwischen einer östlich gelenkten „asiatisch-afrikanischen“ Weltgewerkschaftsaktion unter chinesischer Mitwirkung und den legalen westlich orientierten Gewerkschaften weiter behaupten, so wäre eine Niederlage des Westens gewiß. Das Mißverhältnis zwischen einer »Kritik wie milder Regen«, die Peking proklamiert, und den saudistischen antigewerkschaftlichen Dekrets — nebst der Giftspinnenpraxis — ist gar zu kraß.

Ansatzpunkt einer arabischen Gewerkschaftsinitiative westlichen Sinns könnte der Irak sein. Die irakische Wirtschaft investiert gegenwärtig an 70 vH ihrer bedeutenden Öleinnahmen in großen Bewässerungs- und Industrialisierungsprojekten. Unter dem Fünfjahresplan, mit dessen Durchführung die irakische Regierung im Jahr 1955 begonnen hat, sollen insgesamt 850 Millionen Dollar für den volkswirtschaftlichen Aufbau investiert werden. Es steht, nachdem die ersten Aufbauprojekte befriedigend in Gang gekommen sind, für das traditionsreiche „Zweistromland“ ein sozialer und industrieller Umbruch bevor, der sich auch auf kulturelles Gebiet erstreckt. Der Irak wird mit harter Hand regiert; aber in Bagdad sind in den letzten zwei Jahren auch Volksschulen und Hospitäler und ein neues Hygienezentrum entstanden. Die Elendsquartiere der großen Städte, die zuletzt 80 vH des bebauten Teils von Bagdad, Basra und Mossul ausmachten, sollen sukzessive durch Arbeitersiedlungen ersetzt werden, die nun endlich auch einmal der Masse der einheimischen Bevölkerung einen Begriff von sozialer Ordnung geben. Eine Ansprache, die der erkonservative langjährige Premierminister des Irak, *Nuri es Said*, am 22. März anläßlich einer „Woche der Wirtschaftsentwicklung“ hielt, zeigt deutlich das neu erwachende Selbstvertrauen. „Das Gold, das unter unserer Erde gewonnen wird, ist Eigentum dieses Volkes“, heißt es darin. „Es wird vom Volk gewonnen, für das Volk verwandt werden.“ Dieser Geist hat Iraks südlichen Nachbarn, Saudi-Arabien, vor dem Suezkonflikt noch nicht oder doch nur in sehr bescheidenem Ausmaß erfaßt. Man muß hoffen, daß er nunmehr, angesichts der politischen Annäherung zwischen dem Irak, Jordanien und Saudi-Arabien, die König Sauds Besuch in Bagdad eingeleitet hat, für die wirtschaftlich-soziale Aufbauarbeit ganz Arabiens verbindlich wird. Was Gewerkschaftsfreiheit und parlamentarisch-demokratisches Leben anbetrifft, so hat auch der Irak den Rückschlag der Volksbewegung, die das Suezabenteuer auslöste, stark gespürt. Am 1. Dezember 1956 hat die Volksvertretung in Bagdad ihre Arbeit eingestellt, und gleichzeitig lähmte der Verdacht ägyptisch-halbkommunistischer Sympathien die gewerkschaftliche Tätigkeit.

Diese Lähmung kann möglicherweise von Kairo selber aus behoben werden. Der im Mai in der Hauptstadt Ägyptens tagende „Wirt-

schaftsausschuß der Araberliga“, der sich um die Abschaffung der Zollschranken zwischen den einzelnen arabischen Staaten bemühte, hat auch die gemeinsame Durchführung industrieller Aufbaupläne ins Auge gefaßt. Selbst das kühne Projekt einer „Ölkonferenz der Araberstaaten“ im Februar 1958 in Kairo schwebt ihm vor. Ihr Hauptanliegen soll die Förderung der Verarbeitung des Rohöls im eigenen Lande vermittels eigener Raffinerien sein. An diesen Beratungen in Kairo haben die Finanzminister von Ägypten und Saudi-Arabien und die Wirtschaftsminister vom Irak und Syrien teilgenommen. Es handelt sich also um fortschrittliche Planungen, die ungeachtet der bestehenden Meinungsverschiedenheiten der Nasser- und der Königsgruppe bearbeitet werden. Angesichts der Position, die die Gewerkschaften sich in Ägypten und Syrien errungen haben, ist es denkbar, daß auch das Gewerkschaftsleben im aufstrebenden Irak von hier aus neue Impulse erhält.

Übrigens hat es in Kairo wenige Tage vor dem Zusammentritt des Wirtschaftsrats der Arabischen Liga auch eine Konferenz der sozialpolitischen Sachverständigen der arabischen Staaten gegeben. An ihr nahmen auch Vertreter des gewerkschaftlich in der islamischen Welt führenden Tunesien teil. Eine Delegation des Weltarbeitsamts sowie des Weltgesundheitsamts und der UNESCO wirkten mit. Man beschloß u. a., 100 Vertragstexte der Abkommen des Internationalen Arbeitsamts ins Arabische zu übersetzen und auf Kosten der Arabischen Liga eine Studienkommission für Sozialfürsorge nach Amerika zu schicken. Es sind also bemerkenswerte gesamtarabische Schritte eingeleitet, die sich schon unter den Gegebenheiten der Nach-Suez-Periode entwickeln.

Man muß hoffen, daß diese Ansätze in der westlichen Welt mit Verständnis und unter Berücksichtigung der neuen „chinesischen Gefahr“ gefördert werden. Für den IBFG ist diese Einstellung angesichts seiner ganzen bisherigen Tätigkeit gegeben. Jetzt aber kommt es entscheidend auf die großen Weltunternehmen des Ölkapitals an. Werden sie begreifen, daß auf die Dauer die Erfolge ihrer Tätigkeit überall in der Welt, so gut in Saudi-Arabien wie beispielsweise in Venezuela, von einer fruchtbaren, fortschrittlichen Zusammenarbeit mit den freiheitlichen Gewerkschaften abhängen? In solchem Fall braucht sich die westliche Welt vor den sozialpolitischen Nachwirkungen des Suezkonflikts nicht zu fürchten. Kommt es aber anders, dann freilich steht Peking bereit, Früchte zu ernten, die nicht nur die kommunistische Revolution, sondern die auch die Kurzsichtigkeit kapitalistischer Reaktion gesät hat. Die Zeit der halben Anwendung westlicher Gewerkschaftsprinzipien ist für den Nahen Osten vorbei. Im Wettstreit zwischen der östlichen und der westlichen Gewerkschaftsbewegung wird die Seite siegen, die ganze Arbeit leistet.

Hans Drugis

Öl - Triebkraft des Pan-Arabisismus

Die wirtschaftliche Erschließung des arabischen Nahen Ostens aus eigener Kraft scheint unter anderem eine Zeitfrage zu sein: Nach geologischen Untersuchungen ist Erdöl Arabiens einziger wesentlicher Bodenschatz. Andere Mineralvorkommen sind im Durchschnitt so bescheiden, daß ihre Ausbeutung für Exportzwecke nur in internationalen Krisenzeiten lohnt, wenn die Preise auf dem Weltmarkt für voraussichtlich lange Zeit auf dem Höchststand bleiben. Eine beachtliche kapitalbildende Industrie besitzt der arabische Nahe Osten noch nicht. Diese Industrie wäre ja erst das Ergebnis der wirtschaftlichen Erschließung — und die Landwirtschaft, Arabiens ökonomische Basis, ist in mehreren Ländern rückläufig, sie produziert weniger als der Bedarf ausmacht. Im großen Stile kapitalbildend kann sich gegenwärtig also nur die umfangreiche Erdölförderung auswirken. Tatsächlich sind jene Summen, die den ölproduzierenden Ländern des arabischen Nahen Ostens von ausländischen Konzessionsbesitzern gezahlt werden, recht bedeutend. Von 1946 bis 1954 betrug die Gesamtsumme rund 10 Milliarden DM, inzwischen ist sie noch beträchtlich gestiegen und wird mit jedem Anstieg der Ölproduktion (unter dem Sand der Arabischen Halbinsel lagern noch mindestens 21,5 Milliarden Tonnen Erdöl, mehr als die Hälfte des bekannten Weltvorrates) größer werden — sofern nicht eines Tages der Weltölbedarf schlagartig absinkt. Wenn zum Beispiel die Atomkraft zur rentablen Energiequelle der Wirtschaft werden sollte, würde Westeuropa, das heute über 80 vH seines Ölbedarfes im arabischen Nahen Osten deckt, vermutlich zu allererst als Kunde zurücktreten, denn das arabische Öl ist „politisch heiß“. Sollte bis zu dem Zeitpunkt, wo Öl in Riesenmengen für die Weltwirtschaft uninteressant werden könnte, Arabiens Gewinnanteil nicht sinnvoll investiert worden sein, dann hat der arabische Nahe Osten seine einzige Chance verpaßt, sich aus eigener Kraft wirtschaftlich zu erschließen.

Natürlich haben die ausländischen Ölgesellschaften im Nahen Osten keine andere Wahl, als den arabischen Gewinnanteil an die herrschenden politischen Gewalten der „Ölländer“ zu zahlen. Sind aber die herrschenden Gruppen dieser Länder gute Treuhänder? Wie schwierig es gegenwärtig in Teilen Arabiens ist, den Ölreichtum so sinnvoll zu investieren, daß er einen dauerhaften Strukturwandel des Wirtschaftslebens herbeiführen kann, läßt sich bestens am Beispiel des Scheichs *Abdullah es-Salim es-Sabah* demonstrieren.

Scheich Abdullah lächelt höflich und schweigt, wenn man ihn fragt, ob er wirklich der reichste Mann der Welt sei. Tatsache ist, daß er täglich rund 2,5 Millionen DM einnimmt; denn Abdullah ist der Herrscher des kleinen Wüsten-

reiches *Kuwait* und damit Herrscher über die zur Zeit produktivsten Ölquellen des Orients. Abdullahs „Reich“ — das ist ein dreieckförmiges Stück Wüste am Persischen Golf unter britischer Kontrolle. Bis zum Jahre 1947, als die Bohrtürme der zur Hälfte britischen, zur Hälfte amerikanischen „Kuwait Oil Company“ in Betrieb gesetzt wurden, war es wohl der verlorene Winkel dieser Erde. Im Laufe eines Jahrzehnts hat sich das Gesicht des Scheichtums völlig verändert.

In Kuwait wurden 1956 über 50 Millionen Tonnen Öl gefördert. Die Einnahmen der Ölgesellschaft betragen mehr als 1600 Millionen D-Mark. Scheich Abdullah bekam davon die Hälfte, also 800 Millionen DM. So wird es seit 1952 gehalten. Würde Abdullah den Kuwaiter Ölanteil gleichmäßig an seine 250 000 Untertanen verteilen, dann bekäme jeder je Jahr immerhin 3200 DM. Obwohl der Scheich sie nicht durch einen solchen Riesenbakschisch beglückt, ist er keineswegs ausgesprochen asozial. Einen guten Teil „seines“ Geldes gibt er zur Entwicklung des kleinen Wüstenreiches aus.

In den beiden Städten Kuwait und Mena el Ahmedi sind moderne Krankenhäuser, Tuberkulosenheime, Sportplätze und Kindergärten gebaut worden. Ein Netzwerk modernster Schulen überzieht das kleine Wüstenreich. Schülerinnen und Schüler werden nicht nur kostenlos verpflegt, sondern auch von Zeit zu Zeit neu eingekleidet; die Eltern erhalten eine finanzielle Entschädigung dafür, daß sie während der Unterrichtszeit die Arbeitskraft ihrer Kinder nicht ausbeuten können.

Abdullahs Glanzstück ist eine Anlage zur Umwandlung von Meerwasser in Trinkwasser. Diese gewaltige Maschine, die täglich 10 Millionen Liter Wasser aus dem Persischen Golf für Mensch und Tier genießbar macht, ersetzt Kuwait die früher notwendige Wassereinfuhr. Schließlich hat der Scheich vielen Handwerkern die Werkstätten aufs technisch fortschrittlichste herrichten lassen. Daß Kuwait kein Finanzamt kennt, versteht sich von selbst.

Natürlich denkt der Herrscher Kuwaits auch an sich. Besitzer mehrerer Villen und Schlösser, hat er mit dem Bau eines neuen Märchenschlosses beginnen lassen, das schon den vermutlichen Komfort des 21. Jahrhunderts einbezieht. Er nennt eine ganze Flottille schwerster amerikanischer Wagen und auch ein kleines Luftgeschwader sein eigen.

Trotz allem wird es Scheich Abdullah oder sein Nachfolger nach spätestens einem weiteren Jahrzehnt sehr schwer haben, auch nur Teile des „Ölgeldes“ selbst zu verbrauchen oder innerhalb des kleinen Wüstenreiches mit seinen 250 000 Einwohnern sinnvoll anzulegen. Schon heute ließe sich der Tag vorausberechnen, an dem Kuwait mit allen dort brauchbaren Errungenschaften des Zeitalters der Technik bis zum Überfluß ausgerüstet ist.

Andererseits ist die ganze Kuwaiter Herrlichkeit davon abhängig, daß Öl gefördert und verkauft wird. Früher konnten sich dort nur einige hundert Halbnomaden kümmerlich mit Fischfang und einige Dörfler mit Schafzucht ernähren. Das wird wieder so sein, wenn der Ölstrom versiegt.

Im Falle des *Irak*, des weiteren arabischen Ölgroßlieferanten, liegen die Dinge anders: hier können die „Ölgelder“ bei sinnvoller Verwendung einen allgemeinen Wirtschaftsaufschwung bewirken, der auch dann erhalten bleibt, wenn der Weltbedarf an Öl einmal rapide abnehmen sollte.

Die jährliche Ölproduktion des Irak hat 30 Millionen Tonnen weit überschritten. Seit 1952 werden die Gesamteinnahmen zwischen der vorwiegend britischen „Iraq Petroleum Company“ und der irakischen Regierung geteilt. 1955 fielen dem Irak dadurch etwa 800 Millionen DM zu. Diese beträchtliche Jahressumme — sie wird sich bis 1959/60 voraussichtlich parallel zur Produktion auf 1,2 Milliarden DM erhöhen — erscheint zu 30 vH im Staatshaushalt, zu 70 vH soll sie der Entwicklung des Landes dienen. Ein Entwicklungsamt ist damit beauftragt, die abgezweigten 70 vH sinnvoll anzulegen. Inzwischen ist auch die Arbeit an einer ganzen Reihe von Projekten aufgenommen worden.

Im Land zwischen Euphrat und Tigris entstehen große Staudämme, Bewässerungskanäle und Schleusen, einerseits zum Zwecke der Bodenkultivierung, andererseits, um das Land vor verheerenden Überschwemmungen zu schützen. Die irakische Landwirtschaft kann dadurch einen großen Aufschwung erfahren.

Das Verkehrsnetz des Irak ist inzwischen ausgebaut worden. Etliche Krankenhäuser, Polikliniken und Sozialeinrichtungen sind entstanden. Der im April 1955 verkündete Fünfjahresplan soll den Grundstein für eine eigene leistungsfähige Konsumgüterindustrie legen.

Doch auch im Irak können nicht alle Chancen genutzt werden, die das Öl bietet: Irak leidet im gleichen Maße an seiner Untervölkerung wie Ägypten an seiner Übervölkerung. Weite irakische Landstriche, zur Besiedlung gut geeignet, sind völlig menschenleer. Es wird noch mehrere Generationen dauern, bis die Bevölkerung soweit angewachsen ist, daß mit der Nutzbarmachung dieser Landstriche begonnen werden kann.

Der dritte große Ölproduzent im Nahen Osten, *Saudi-Arabien*, bringt jährlich nahezu 50 Millionen Tonnen hervor. Die Förderung liegt in den Händen der „American Arabian Oil Company“ (Aramco). Diese Gesellschaft führt seit 1952 ebenfalls 50 vH der Gesamteinnahmen an Saudi-Arabien ab, jährlich etwa 700 bis 800 Millionen.

In Saudi-Arabien identifiziert sich der Herrscher mit dem Staat — die „Ölgelder“ fließen

also dem König Saud zu. Von vornherein betrachtet sie dieser als Privatbesitz. Da Saud eine ungleich größere Familie als Scheich Abdullah von Kuwait zu versorgen hat — zeitweise gehören über 20 000 Personen zum königlichen Haushalt — und eventuelle philanthropische Maßnahmen nicht 250 000, sondern etwa sieben Millionen Untertanen zugute kommen müßten, findet Saudi-Arabiens Ölreichtum kaum einen Niederschlag in dem Versuch, das Land wirtschaftlich zu entwickeln. Statt dessen manifestiert er sich vornehmlich in der überaus luxuriösen Hofhaltung zahlreicher Prinzen. Was zur Ausbildung eines Stammes von arabischen Facharbeitern und zur Erziehung der halbbeduinischen Bevölkerung geschieht, geht in erster Linie von der „Aramco“ aus.

Sollte der Weltbedarf an Öl einmal schlagartig abnehmen, bevor Saudi-Arabien wenigstens Teile des Ölreichtums vernünftig investiert hat, dann wird das Land in völlige Bedeutungslosigkeit fallen.

Der radikale Pan-Arabismus, wie er heute von Ägypten und Syrien ausgeht, stellt das Ölproblem nun so dar: In dem winzigen Wüstenreich Kuwait werden Millionenbeträge verschwendet, weil das Land ein modernes Wirtschaftsleben auf die Dauer nicht tragen kann, in Saudi-Arabien bereichern sie lediglich den Privatschatz der königlichen Familie, und im Irak wird das Maximum an sinnvoller Investition auf Grund des Menschenmangels nicht erzielt. Wenn dagegen der arabische Nahe Osten als wirtschaftliche Einheit behandelt würde und eine gemeinsame Entwicklungskasse vorhanden wäre, könnten seine verschiedenartigen Möglichkeiten miteinander kombiniert werden; es brauchte nicht unbedingt Land dort kultiviert zu werden, wo Öl gefördert wird, also Geld vorhanden ist, die natürlichen Bedingungen aber sehr ungünstig sind; man könnte Gegenden industrialisieren, die wenigstens einen Teil der notwendigen Voraussetzungen bieten; man könnte schließlich eine Bevölkerungsumsiedlung von unfruchtbaren Landstrichen zu fruchtbaren vornehmen; man würde Ägyptens Bevölkerungsdruck lindern und Irak dadurch beleben.

Was stellt sich dem entgegen?, fragen die Propagandisten des Pan-Arabismus. Arabiens Völker seien durch eine gemeinsame Sprache verbunden und durch eine gemeinsame Religion, die nicht nur Glaubenslehre, sondern ein detailliertes Lebensreglement sein will. Nur das eigensüchtige Gewinnstreben einzelner Fürsten und ausländische Interessen am Öl stünden der arabischen Einheit entgegen. Diese Argumentation verleiht den Pan-Arabisten von Kairo und Damaskus, „Nationalisten“, die das Aufgehen ihrer Nationalstaaten in einer großen Föderation anstreben, den Habitus von Sozialrevolutionären und Anti-Imperialisten.

Peter Wald (Kairo)